

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
20.01.2025
Ausschussbetreuender Fachbereich
Kämmerei
Schriftführung
Leonard Pütz
Telefon-Nr.
02202-141729

Niederschrift

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
Sitzung am Donnerstag, 26.09.2024

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 18:10 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

17:18 Uhr – 17:22 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4.1 Sachstandsinformation zum Schuldenstand
0512/2024**
- 5 Bevölkerungsprognose 2023 bis 2038 – Anwendung der Entwicklungsvariante bei Planungszwecken**

0365/2024

- 6 **Fortführung des Schülertickets als Deutschlandticket ab dem 01.01.2025**
0511/2024
- 7 **Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes 01.01.369 Am Stadion / Buchholzstraße RKB 2. BA. A 120**
0456/2024
- 8 **Mögliche Kompensationsmaßnahmen zum Ausgleich der Folgen des „Herrenberg-Urteils“ aus 2022**
0452/2024
- 9 **Konzepterstellung zur Neuausrichtung des Bergischen Museums**
0504/2024
- 10 **Maßnahmebeschluss Kita Jakobstraße**
0483/2024
- 11 **Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie und Aufbau eines Nachhaltigkeitsmanagements**
0445/2024
- 12 **Änderung der Gesellschaftsverträge der Eigengesellschaften der Stadt Bergisch Gladbach (Anpassung in Folge der 3. NKFVG-Änderungen im Jahr 2024, Implementierung der städtischen Beteiligungsrichtlinie und des Public Corporate Governance Kodex)**
0522/2024
- 13 **Sitzungsplanung - Beratung und Beschluss Haushaltsplan und Wirtschaftspläne 2026, Satzungen 2026**
0521/2024
- 14 **Einzahlung von Mitteln in die Kapitalrücklage der Schulbau GmbH Bergisch Gladbach**
0377/2024
- 15 **Dauermaßnahmebeschluss Verkehrssicherung Wald**
0510/2024
- 16 **Einführung einer Infrastrukturförderabgabe zur Besteuerung von entgeltlichen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben jeglicher Art**
0505/2024
- 17 **Über- und Außerplanmäßige Aufwendungen 2023/2024**
0506/2024
- 18 **Anträge der Fraktionen**
- 19 **Anfragen der Ausschussmitglieder**
- 19.1 **Anfrage der FWG Fraktion zum Haushaltsbegleitbeschluss**
0523/2024
- 19.2 **Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Bevölkerungsprognose 2023 bis 2038**

0524/2024

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Haasbach eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Er stellt die folgenden Beratungsunterlagen vor:

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Haasbach stellt die Sitzungstermine für 2025 vor.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Eggert erläutert, dass Ihn in Anbetracht der Situation in anderen Kommunen Nachfragen zur Haushaltssituation in Bergisch Gladbach erreicht hätten. Zwar seien auch hier die Einkünfte aus der Gewerbesteuer gegenüber der Planung eingebrochen, wenngleich nicht im selben Umfang. Dieser Einbruch könne jedoch über Mehrerträge beim Einkommenssteueranteil und diversen anderen Positionen beim Aufwand für Sach- und Dienstleistungen kompensiert werden. Mit einem deutlich schlechteren Ergebnis als geplant, sei also nicht zu rechnen.

In Bezug auf den Jahresabschluss 2023 führte Herr Eggert aus, dass ursprünglich mit einem Defizit von -17 Mio. € geplant wurde. Nach aktuellem Stand könne davon ausgegangen werden, dass der Jahresabschluss in die Richtung einer schwarzen 0 geht.

4.1. Sachstandsinformation zum Schuldenstand

0512/2024

Herr Held möchte wissen, wie hoch der Pro-Kopf-Schuldenstand im Vergleich zu vergleichbaren Kommunen ausfällt.

Die Antwort ist der Niederschrift als Anhang beigelegt.

5. Bevölkerungsprognose 2023 bis 2038 – Anwendung der Entwicklungsvariante bei Planungszwecken

0365/2024

Herr Haasbach stellt die vorliegenden Vorberatungsergebnisse zur Vorlage vor.

Herr Röhr stellt den Antrag der FWG-Fraktion zur Sache vor. Nach einer Sitzungsunterbrechung von ca. 5 Minuten zieht er den Antrag aufgrund der Kurzfristigkeit des Eingangs bei den anderen Fraktionen wieder zurück. Eine Beratung darüber solle im SPLA erfolgen.

Der Ausschuss fasst im Anschluss gegen die Stimmen der Fraktion Bergische Mitte und der FWG-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich folgende geänderte Beschlussempfehlung:

I. Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss beschließt die Entwicklungsvariante der vorliegenden Bevölkerungsprognose 2023 – 2038 als Grundlage für zukünftige Planungen der Stadtverwaltung.

II. Es soll ein jährlicher gesamtstädtischer sowie stadtteilbezogener Abgleich mit zusätzlicher Betrachtung der planungsrelevanten Altersgruppen der Stichtagsdaten zum 31.12. mit den Prognosedaten seitens der städtischen Statistikstelle erfolgen. Mögliche Differenzen sollen mit den entsprechenden Fachbereichen gemeinsam überprüft und hinsichtlich der Notwendigkeit einer vom 5-Jahres-Turnus abweichenden neuen Prognose evaluiert werden.

III. Die Gründung eines interfraktionellen Arbeitskreises, der sich vor allem mit einem Verbund zwischen „Jung und Alt“ beschäftigt, um einer Überalterung der Stadt entgegen zu wirken.

6. Fortführung des Schülertickets als Deutschlandticket ab dem 01.01.2025
0511/2024

Der Tagesordnungspunkt wird einstimmig in den nächsten Sitzungsturnus vertragen.

7. Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes 01.01.369 Am Stadion / Buchholzstraße RKB 2. BA. A 120
0456/2024

Herr Haasbach stellt das Vorberatungsergebnis des AIUSO zur Sache vor und lässt im Anschluss über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.01.369 Am Stadion / Buchholzstr. RKB 2. BA, A 120“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

8. Mögliche Kompensationsmaßnahmen zum Ausgleich der Folgen des „Herrenberg-Urteils“ aus 2022
0452/2024

Herr Haasbach stellt die Vorberatungsergebnisse zur Sache vor.

Herr Dr. Bacmeister erläutert, dass im Hauptausschuss die Beschlussempfehlung geändert wurde. Die Frist für den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen wurde von zwei auf vier Jahre verlängert.

Er berichtet, dass der Wunsch nach einer teilweisen Deckung des entstehenden Defizites durch die Stadt von der Musikschule gewünscht wäre. Zudem bestehe durch die Einsparmaßnahmen beim Personal ein Risiko für die Qualität der Musikschule.

Frau Bischoff erwidert, dass die Musikschule personell aktuell sehr breit aufgestellt sei. Die Einsparmaßnahmen im Personalbereich würden zwar quantitative, jedoch keine qualitativen Auswirkungen auf die Musikschule haben.

Herr Röhr fragt, wie die notwendigen Umschichtungen für eine vollständige Kompensation im Detail ablaufen sollen. Dazu sei man nach der Nachhaltigkeitssatzung verpflichtet.

Herr Eggert sichert zu, dass die Antwort nachgereicht wird. Er stellt außerdem klar, dass nach seiner Auffassung ein Fehlbetrag aus der Umstellung von Honorarkräften auf Festangestellte entstehe. Dies sei der vorgelegten Tischvorlage zur Sache zu entnehmen.

Frau Bischoff erklärt, dass Herr Sprenger im Hauptausschuss eine vollständige Kompensation im Personalbereich über Abschmelzung der KW-Vermerke zugesichert hätte.

Frau Steidle stellt klar, dass auch nach der Abschmelzung von KW-Vermerken noch ein Delta von 30.000 € bestehe.

Frau Bischoff erwidert, dass dies im Hauptausschuss nicht kommuniziert wurde.

Herr Eggert bietet an, dass diese Unklarheit bis zum Rat ausgeräumt wird.

Herr Haasbach lässt über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgende geänderte Beschlussempfehlung:

1. Der Lehrkörper der Musikschule wird mittelfristig verkleinert durch den Wegfall von Stellen durch kw-Vermerke. Dabei ist sicherzustellen, dass die kw-Vermerke ausgewogen zwischen den Fachbereichen angewendet werden und sichergestellt wird, dass jedes Fach durch mindestens eine verbleibende Lehrkraft vertreten wird.

2. Die Gebührenerhöhung wird nach der Variante d der Vorlage beschlossen.

3. Eine Hinwendung zum „E 30-Prinzip“ soll von qualitativen Kriterien geleitet Anwendung finden. Das Unterrichtsangebot von 45 Minuten wird mittels nachvollziehbarer Kriterien vergeben (z.B. Teilnahme Jugend Musiziert, Teilnahme an Ensembleangeboten, Teilnahme an Konzerten für die Musikschule). Dazu erstellt die Musikschule ein Konzept, welches in Q1 2025 im Fachausschuss vorgestellt und beschlossen wird.

4. Das Unterrichtsangebot der Musikschule richtet sich in erster Linie an Kinder und Jugendliche.

5. Betriebsbedingte Kündigungen werden für zunächst 4 Jahre ausgeschlossen.

**9. Konzepterstellung zur Neuausrichtung des Bergischen Museums
0504/2024**

Herr Haasbach stellt die Beschlussempfehlung des ABKS zur Sache vor.

Herr Gerhards erklärt, dass er die Kosten von 200.000 € nur für das Konzept als zu hoch einschätze. Gleichzeitig würde händeringend nach Geld für die Sanierung der Schulen gesucht. Er äußert seine Ablehnung.

Frau Schulz-Bergermann erwidert, dass die Sache ausführlich im ABKS diskutiert worden sei. 90% des Geldes kämen vom LVR. Die übrigen 20.000 € sollen aus den Mitteln für die bisher nicht realisierten Depoträume bereitgestellt werden.

Auch die aus dem Konzept abgeleiteten Maßnahmen sollen möglichst aus Fördergeldern und mit Hilfe von Sponsoren finanziert werden. Der Haushalt solle möglichst nicht belastet werden. Sie ergänzt, dass eine Sanierung dringend notwendig sei um einen Fortbestand des Museums sicherzustellen.

Herr Gerhard erklärt, dass es nicht darum ginge, das Bergische Museum zu schließen oder als schlechte Sache dazustellen. Er stelle lediglich fest, dass 200.000 € nur für das Konzept ein ungewöhnlich hoher Betrag sei. Ob das ganze durch Steuergelder des Landes oder der Stadt finanziert wird, spiele dabei keine Rolle. Es seien in beiden Fällen Steuergelder der Bürger.

Frau Bischoff erklärt, dass auch ihr die Kosten für das Konzept sehr hoch erscheinen. Jedoch sei der Zustand des Museums so schlecht, dass eine Fülle von Maßnahmen zu erfassen sei. Jede einzelne Maßnahme, die aus dem Konzept abgeleitet werde, müsse mit Sponsoren oder Förderprogrammen hinterlegt werden. Darüber sei sich die Museumsleitung auch im Klaren. Allen sei bewusst, dass das Geld für die Umsetzung nicht über den Haushalt bereitgestellt werden könne.

Sie nennt als Beispiel das Hammerwerk im Museum, wo auch niemand erwartet hätte, dass eine Instandsetzung möglich wäre. Die Museumsleitung habe auch dies über Fördergeldern und Sponsoren realisieren können. Sie appelliert an den Ausschuss vor diesem Hintergrund der Beschlussempfehlung unter Berücksichtigung des CDU-Antrages zuzustimmen.

Herr Sonnenberg möchte wissen, ob eine Förderung über die NRW-Stiftung in Frage käme bzw. von der Verwaltung geprüft wurde.

Herr Eggert sichert eine Prüfung der Frage zu. Er stellt nochmals klar, dass der Eigenanteil der Kommune, der bei Fördermitteln bereitzustellen sei, durch Sponsoren abgedeckt werden muss. Eine Auswirkung auf den Haushalt wird ausgeschlossen. Bei Baumaßnahmen bestehe aber immer die Notwendigkeit einer Beteiligung des Fachbereich 8. Es wäre fraglich, ob das, in Hinblick auf die großen Herausforderungen beim Schulbau, personell leistbar sei.

Herr Haasbach lässt über die Vorlage abstimmen. Der Ausschuss fasst mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion, gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bergische Mitte und der FWG-Fraktion folgende geänderte Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Konzeptionierung der Neuausrichtung des Bergischen Museums -vorbehaltlich eines positiven Förderbescheides durch den Landschaftsverband Rheinland/LVR- im Rahmen des bereits beantragten Budgets vertieft untersuchen zu lassen. Das Ergebnis soll als Grundlage für die weitere politische Beschlussfassung dienen.

Die Maßnahmenkataloge sind so zu erstellen, dass sie geeignet sind, um entsprechende Fördermittel zu beantragen und private Gelder zu akquirieren, d.h. potenzielle Sponsoren und Förderprogramme sind zwingend mitzudenken und den Maßnahmenvorschlägen beizufügen.

10. Maßnahmebeschluss Kita Jakobstraße
0483/2024

Herr Haasbach stellt das Vorberatungsergebnis des JHA vor und lässt im Anschluss über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss fasst einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt den Neubau der Kita „Jakobstraße“ im Stadtteil Stadtmitte wie in der Sachdarstellung ausgeführt.

11. Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie und Aufbau eines Nachhaltigkeitsmanagements
0445/2024

Herr Haasbach stellt das Vorberatungsergebnis aus dem Hauptausschuss vor.

Der Ausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der FWG-Fraktion und der Fraktion Bergische Mitte folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt, sich zur Nachhaltigen Kommune NRW zu entwickeln und beauftragt den Bürgermeister, die Musterresolution „2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ zu unterzeichnen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Projekts „Prozesskette Nachhaltigkeit“ eine Nachhaltigkeitsstrategie unter Begleitung der LAG 21 NRW zu erstellen, sofern die Stadt Bergisch Gladbach als Förderkommune einen Zuschlag erhält.

3. Für den Fall, dass die Stadt Bergisch Gladbach nicht als Förderkommune ausgewählt wird, wird die Verwaltung beauftragt, die LAG 21 NRW mit entsprechenden Beratungs- und Unterstützungsleistungen zu beauftragen.

4. Die Stadt Bergisch Gladbach wird Mitglied bei LAG 21 NRW e.V.

12. **Änderung der Gesellschaftsverträge der Eigengesellschaften der Stadt Bergisch Gladbach (Anpassung in Folge der 3. NKFVG-Änderungen im Jahr 2024, Implementierung der städtischen Beteiligungsrichtlinie und des Public Corporate Governance Kodex)**
0522/2024

Herr Kreacsik ergänzt, dass die Kommunalaufsicht entgegen der ursprünglichen Auffassung nun von einer wesentlichen Änderung ausgehe. Dementsprechend müsste der Beschluss vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht gefasst werden.

Außerdem müssten die Bezüge zu den §§191 und 192 des Aktiengesetzes, die die Verwaltung ausgenommen hatte, nach Auffassung der Kommunalaufsicht wieder in die Gesellschaftsverträge aufgenommen werden.

Der Ausschuss fasst einstimmig die folgende geänderte Beschlussempfehlung:

1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach weist die städtischen Vertreter der nachfolgenden Gesellschaften vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht an, in der Gesellschafterversammlung die Änderungen der jeweiligen Gesellschaftsverträge gemäß beigefügter Synopsen (Anlage 2 zur Vorlage) der nachfolgenden Gesellschaften zu beschließen:

**Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH,
GL Service gGmbH,
Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH,
Schulbau GmbH Bergisch Gladbach,
Infrastruktur- und Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (IPGL).**

2. Der Gesellschaftsvertragsentwurf der Gesellschaft Urbane Zukunft Zanders-Entwicklungsgesellschaft mbH wird gegenüber der am 19.03.2024 beschlossenen Fassung um die in der Synopse (Anlage 2 zur Vorlage) dargestellten Änderungen ergänzt und angepasst.

Die in der Anlage 2 vermerkte Streichung „i.S.d. §§ 291,292 Abs. 1AktG“ erfolgt nicht bei der GL Service gGmbH, der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH und der Gesellschaft Urbane Zukunft Zanders-Entwicklungsgesellschaft mbH.

13. **Sitzungsplanung - Beratung und Beschluss Haushaltsplan und Wirtschaftspläne 2026, Satzungen 2026**
0521/2024

Der Ausschuss fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmt der Sitzungsplanung zur Beratung und zum Beschluss

- des Haushaltsplanes für das Jahr 2026
- der Wirtschaftspläne des Abwasserwerkes und des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Jahr 2026
- der zum Jahresbeginn 2026 in Kraft zu setzenden Satzungen

zu und gibt die Planung für die Gremien nach dem 01.11.2025 als Empfehlung an den künftigen Bürgermeister/die künftige Bürgermeisterin und die künftigen Ausschussvorsitzenden mit Vorbehalt deren Zustimmung weiter.

14. **Einzahlung von Mitteln in die Kapitalrücklage der Schulbau GmbH Bergisch Gladbach**
0377/2024

Der Ausschuss fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Herr Bürgermeister Frank Stein wird als der städtische Gesellschaftervertreter in der Gesellschafterversammlung der Schulbau GmbH Bergisch Gladbach nach § 113 (1) GO NRW bevollmächtigt eine Einzahlung von 50 T€ in die Kapitalrücklage der Gesellschaft durch die Stadt Bergisch Gladbach zu beschließen und in der Folge als Verwaltungsleiter die Mittel an die Schulbau GmbH Bergisch Gladbach zu zahlen.

**15. Dauermaßnahmebeschluss Verkehrssicherung Wald
0510/2024**

Herr Sonnenberg möchte wissen, wer den Wald zuvor gesichert habe.

Frau Steidle antwortet, dass die Sicherung bisher jährlich ausgeschrieben und beschlossen wurde. Um die Notwendigkeit einer jährlichen Abstimmung zu verhindern, wurde der Dauermaßnahmebeschluss vorgelegt.

Herr Niemann möchte wissen, ob es einen Kataster zu den betroffenen Flächen gäbe.

Herr Eggert antwortet, dass es zwar einen Kataster gäbe. Er kann jedoch nicht mit Sicherheit sagen, ob dort die betroffenen Flächen gesondert ausgewiesen werden. Eine entsprechende Antwort solle nachgeliefert werden.

Der Ausschuss fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften fasst den Dauermaßnahmenbeschluss und beauftragt die Verwaltung

- 1. den Auftrag zur Durchführung der Waldrandkontrollen sowie**
- 2. den Auftrag zur Abarbeitung der bei den Kontrollen aufgefallenen Mängel**

gemäß dieser Vorlage zu vergeben.

Sofern zukünftig keine grundsätzlichen Änderungen im Leistungsumfang notwendig werden, gilt dieser Dauermaßnahmenbeschluss über den für 2024 vergebenen Auftrag hinaus.

**16. Einführung einer Infrastrukturförderabgabe zur Besteuerung von entgeltlichen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben jeglicher Art
0505/2024**

Herr Sonnenberg erläutert, dass die Maßnahme die Tourismusbetriebe schädige, da die Stadt die einzige im Rheinisch Bergischen Kreis wäre, die eine solche Abgabe erhebe. Auswärtige würden so eher auf Betriebe in benachbarten Kommunen zurückgreifen.

Herr Haasbach stellt klar, dass über die Abgabe bereits entschieden wurde. Die Vorlage sei lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Gerhard stellt die erwarteten Erträge von 200.000 € in Frage. Er mutmaßt, dass diesem Ertrag ein Personalaufwand von zwei Stellen gegenübergestellt werden müsse. Am Ende bleibe dann nicht mehr viel übrig.

Herr Eggert erwidert, dass im Beschluss eine Stelle für die Bearbeitung mitbeschlossen wurde. Er gehe davon aus, dass die Erträge aus der Abgabe den Personalaufwand der Stelle übersteigen werden.

Herr Henkel erklärt, dass die CDU-Fraktion die Maßnahme weiterhin ablehne. Die Abgabe werde einen Rückgang der Buchungen bei Tourismusbetrieben mit sich bringen.

Herr Eggert ergänzt, dass dem geschätzten Aufwand von circa 104.000 € ein geschätzter Ertrag von circa 360.000 € gegenüberstehe.

Herr Waldschmidt erläutert, dass Gäste, die in Bergisch Gladbacher Betrieben übernachten, auch Infrastruktur beanspruchen.

Herr Gerhards erwidert, dass die Gäste ja für die Übernachtung zahlen würden, was wiederum anteilig über die Gewerbe- und Umsatzsteuer an die Stadt fließe.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

17. Über- und Außerplanmäßige Aufwendungen 2023/2024
0506/2024

Herr Dr. Bacmeister möchte wissen, ob die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellten Fragen beantwortet werden können.

Frau Steidle erklärt, dass die erfragten investiven Auszahlungen von 170.000 € für die Parkpalette mit der Auflösung des Stadtentwicklungsbetriebes zusammenhängen. Für die Rückführung an die Stadt fiel eine Zahlung von Grunderwerbssteuer an. Auf diese Zahlung wurde im damaligen Beschluss hingewiesen.

Die zweite Frage betreffe das Leerungsgeschäft der Parkscheinautomaten. Hier sei es zu einem Mehraufwand von 30.000 € gekommen. Sie führt aus, dass ursprünglich als HSK-Maßnahme geplant gewesen wäre die Leerung von städtischen Mitarbeitern durchführen zu lassen. Diese Maßnahme habe sich jedoch als nicht umsetzbar herausgestellt und sei durch zwei andere Maßnahmen ersetzt worden. Das Leerungsgeschäft sei dann extern ausgeschrieben worden. Das günstigste Angebot sei in diesem Zuge mit 90.000 € abgegeben worden, obwohl eine erste Abfrage zuvor auch Angebote von 60.000 € beinhaltet habe.

Herr Bacmeister möchte wissen, ob die Verwaltung in Hinblick auf die hohen Kosten auch bargeldlose Alternativen berücksichtige.

Herr Eggert antwortet, dass die Frage an den Fachbereich 3 weitergegeben werde. Im Hintergrund laufe bereits eine Konzeptionierung um sukzessive auf bargeldlosen Zahlungsverkehr umzustellen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

18. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

19. Anfragen der Ausschussmitglieder

19.1. Anfrage der FWG Fraktion zum Haushaltsbegleitbeschluss
0523/2024

Herr Röhr erläutert, dass die Anfrage der FWG-Fraktion den Haushaltsbegleitbeschluss betreffe. Die Anfrage sei als Weckruf zu verstehen, dass die Verwaltung Angebote liefere, wie die geforderten Einsparungen von 3 Mio. € umgesetzt werden. Die Fraktion hätte erwartet, dass zumindest in Teilen ein Zwischenbericht zur Anfrage in der Sitzung vorliege.

Herr Eggert antwortet, dass der Zwischenbericht intern noch nicht abschließend abgestimmt werden konnte. Man werde eine Antwort so schnell wie möglich nachliefern und eine entsprechende Vorlage im nächsten Turnus einbringen.

19.2. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Bevölkerungsprognose 2023 bis 2038

Mündliche Anfragen

Herr Sonnenberg möchte wissen, ob die von ihm im letzten Ausschuss bereits gestellte Frage zum Polizeieinsatz bei den Lastenfahrrädern mittlerweile beantwortet werden könne.

Er möchte zudem wissen, ob eine Anpassung des Grundsteuerhebesatzes in 2025 angestrebt werde. Außerdem lägen noch einige Einsprüche beim Finanzamt zum Thema vor, die noch nicht bearbeitet worden sind. Er fragt, ob eine Korrektur automatisch erfolgen würde, wenn die Einsprüche erst im nächsten Jahr vom Finanzamt bearbeitet werden oder ob die Bürger gegen den Grundsteuerbescheid erneut Einspruch einlegen müssten.

Herr Eggert sichert zu, dass die schriftliche Antwort der Verwaltung zum Polizeieinsatz nachgeliefert werde.

Das Land habe seine Berechnungen zu den aufkommensneutralen Hebesätzen nochmal nachkorrigiert und öffentlich zugänglich gemacht. Nach seinem letzten Stand betrüge der Hebesatz in Bergisch Gladbach demnach 653 v.H. In NRW habe man 300.000 Widersprüche bei 1,5 Mio. Schätzungen. Man sei mit der Entwicklung unzufrieden. Die Klage bzw. der Einspruch sei allerdings nicht gegen die Stadt zu richten, sondern gegen die Finanzbehörde des Landes. Bei der Stadt würde lediglich der Hebesatz festgelegt, gegen den man keinen Einspruch einlegt, außer es würde eine unzulässige Hebesatzdifferenzierung vorgenommen werden.

Herr Held möchte wissen, wie der Rückgang des Personalaufwandes bei der EBGL in 2023 zu erklären sei.

Frau Steidle erklärt, dass die Stellen in 2024 an den AWB übergegangen sind, was sich in 2023 schon gezeigt haben könnte. Das müsste jedoch nochmal abgeklärt werden. Die Antwort werde spätestens mit der Niederschrift geliefert.

Herr Henkel möchte wissen, ob entsprechend seiner Anfrage aus der letzten Sitzung eine Cashflow- und 5-Jahres-Rechnung der Schulbau GmbH vorgelegt werden könne.

Herr Kreacsik erläutert, dass in der Schulbau GmbH mit Hochdruck an der Sache gearbeitet werde. Eine Synchronisation mit dem FB 8 sei jedoch sehr arbeitsaufwändig und abstimmungsintensiv. Bis Ende des Jahres sollen entsprechende Rechnungen vorliegen.

Herr Bacmeister erklärt, dass er vor circa drei Wochen eine Anfrage zu den Auswirkungen der Grundsteuerreform gestellt habe und fragt nach dem Stand der Beantwortung.

Herr Eggert erklärt, dass die Antwort kurz vor der Vollendung sei.

Die Antworten sind der Niederschrift als Anhang beigefügt.

Herr Haasbach schließt um 18:10 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.